



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

23 Fachbereich Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte

Beteiligt:

Betreff:

Lebendiges Hagen – demographische Entwicklung der Stadt Hagen
Sachstand Prioritätenbildung
Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung

Beratungsfolge:

08.11.2007 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird mit der Festlegung der Modalitäten beauftragt, nach denen die Ziele und Maßnahmen unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen konkretisiert und realisiert werden sollen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat ein Verfahren vorzustellen, wie nicht nur in den einzelnen Handlungsfeldern, sondern innerhalb der Gesamtheit der Handlungsfelder Prioritäten gebildet werden können.
4. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Hagen die fertig gestellten Statusberichte für alle in den Handlungsfeldern aufgeführten Maßnahmen als Gesamtpräsentation in seiner Sitzung am 6.03.2008 vorlegen.
5. Für das Handlungsfeld „Kultur“ wird im Januar 2008 ein Workshop durchgeführt.
6. Am 5. und 6.12.2007 wird eine Auftaktveranstaltung zur Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung durchgeführt.
7. Im ersten Halbjahr 2008 wird ein „Tag der offenen Tür des Dienstleistungskonzerns Stadt Hagen“ mit dem Schwerpunkt „Demographische Herausforderungen“ veranstaltet.

Kurzfassung:

Die Verwaltung hat sich mit den Maßnahmen, die im Rahmen der politischen Workshops Priorität erlangt haben, gezielt auseinander gesetzt. Der Sachstand, die finanziellen Rahmenbedingungen und die sonstigen relevanten Modalitäten sind ermittelt und aufgezeigt worden.

In Anbetracht der belasteten Haushaltssituation der Stadt Hagen ist in einem noch näher zu definierenden Abwägungsprozess zu entscheiden, welche Ziele und Maßnahmen weiter konkretisiert und realisiert werden sollen.

Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Hagen ein Verfahren vorstellen, wie nicht nur in den einzelnen Handlungsfeldern, sondern innerhalb der Gesamtheit der Handlungsfelder Prioritäten gebildet werden können.

Für das Handlungsfeld „Kultur“ sind lt. Abstimmung im Workshop am 29.03.2007 noch keine Prioritäten gebildet worden. In einem verwaltungsinternen Abstimmungsprozess sind die Ziele für den Kulturbereich neu definiert worden. Die Prioritätenbildung auf der Maßnahmenebene wird in einem Workshop im Januar 2008 für die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Gremien herbeigeführt.

Das Handlungsfeld „Stadt und Region“ ist bisher keinem Prioritätencheck unterzogen worden, da es sich grundlegend von den anderen Handlungsfeldern unterscheidet. Es werden deshalb an dem Beispiel der interkommunalen Gemeinschaftsinitiative „das ruhrtal“ die Chancen und Möglichkeiten dargestellt.

Neben den Maßnahmen, die durch Bewertung in den einzelnen Workshops Priorität erlangt haben, sind in den verschiedenen Handlungsfeldern eine Fülle von Maßnahmen verankert, mit denen sich die Verwaltung derzeit auseinandersetzt. Die Verwaltung wird dem Rat die fertig gestellten Statusberichte für alle in den Handlungsfelderlisten aufgeführten Maßnahmen als Gesamtpräsentation in seiner Sitzung am 6.03.2008 vorlegen.

Am 5. und 6.12.2007 wird eine Auftaktveranstaltung zur Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung durchgeführt. Die Zielsetzung liegt darin, sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstleistungsunternehmens Stadtverwaltung aktiv in die Konzeptentwicklung und Maßnahmenplanung /-umsetzung einzubinden.

Für die zweitägige Veranstaltung ist mit Kosten in Höhe von 12.000 – 15.000 € zu rechnen.

Es ist vorgesehen, als weitere Veranstaltung im ersten Halbjahr 2008 einen „Tag der offenen Tür des Dienstleistungskonzerns Stadt Hagen“ mit dem Schwerpunkt „Demographische Herausforderungen“ zu veranstalten.

Begründung:**Beschlusslage:**

Der Rat der Stadt Hagen hat in seiner Sitzung am 30.08.2007 die Verwaltung beauftragt, den Realisierungsstand der von der Politik mit Priorität belegten Maßnahmen zu ermitteln und Aussagen zum zeitlichen Rahmen der Umsetzung und zur voraussichtlichen finanziellen Belastung zu treffen.

Die Verwaltung hat den Auftrag erhalten, im letzten Quartal 2007 eine Auftaktveranstaltung als Instrument der Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung durchzuführen.

An die Auftaktveranstaltung soll sich in der ersten Jahreshälfte 2008 eine weitere Veranstaltung zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger anschließen.

Sachstand:

Die Verwaltung hat sich mit den Maßnahmen, die in den politischen Workshops Priorität erlangt haben, gezielt auseinander gesetzt. Es sind Gespräche mit den Vertretern der einzelnen Handlungsfelder geführt und Strukturen für das weitere Vorgehen entwickelt worden. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind recherchiert worden.

Da sich die priorisierten Maßnahmen in ihren Ausprägungen, Wirkungen und Zielsetzungen sehr stark unterscheiden, ist auch die Umsetzung dieser Maßnahmen bzw. das geplante weitere Vorgehen nicht miteinander vergleichbar. Die Aussagen, was bereits begonnen worden ist bzw. welche Überlegungen zur Realisierung angestellt worden sind, spiegeln verschiedene Schwerpunkte wider. Sie orientieren sich jedoch immer am politischen Willen, da sie die Vorstellungen und Erwartungen der politischen Vertreterinnen und Vertreter aus den Workshops aufgreifen.

Die Stadt Hagen steht mit ihrer belasteten Haushaltssituation nach wie vor vor großen Schwierigkeiten. Das jahrelang praktizierte Vorgehen zur Haushaltskonsolidierung ist durch das Erfordernis, einen Sanierungsprozess einzuleiten, abgelöst worden. In dieser Situation die Chancen der demographischen Entwicklung zu erkennen und zu ergreifen, ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. Um zu einer klaren Perspektive für den weiteren Weg der Stadt Hagen zur Gestaltung des demographischen Wandels zu gelangen, ist in einem noch näher zu definierenden Abwägungsprozess zu entscheiden, welche Ziele und Maßnahmen verwirklicht werden sollen und können. Die finanzielle Komponente ist hierbei ein wichtiger Maßstab. Es fehlt noch ein Verfahren, unter Einbeziehung aller Handlungsfelder Prioritäten innerhalb der Maßnahmen zu bilden. Bisher sind für jedes Handlungsfeld Prioritäten ermittelt worden. Nun gilt es, in der Gesamtschau der Handlungsfelder Prioritäten herauszufiltern. Die finanzielle Machbarkeit muss dabei stets im Blick behalten werden. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Hagen hierzu einen Vorschlag machen.

Die als Anlage 1 bis 6 eingefügten Aufstellungen legen den Umsetzungsstand der mit Priorität versehenen Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern dar. Die Anlagen 7 und 8 beziehen sich auf die Handlungsfelder „Kultur“ und „Stadt und Region“.

Maßnahmen außerhalb der Prioritäten

Neben den Maßnahmen mit Priorität sind in den verschiedenen Handlungsfeldern eine Fülle von Maßnahmen verankert, mit denen sich die Verwaltung derzeit auseinandersetzt. Die finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen müssen sorgfältig geprüft, kalkuliert und dargelegt werden. Bei zahlreichen Maßnahmen sind mehrere Institutionen, Fachbereiche und Ämter beteiligt, insbesondere bei größeren und langfristig angelegten Maßnahmen. In diesen Fällen gestalten sich die zu führenden Abstimmungsgespräche oft zeitaufwändig. Da aufgrund dieser Gegebenheiten noch keine vollständigen und ausgereiften Ergebnisse vorliegen, hält die Verwaltung es für zielführender, diese erst dann dem Rat der Stadt Hagen vorzulegen, wenn der Bearbeitungsprozess abgeschlossen ist. Die Bearbeitung wird kontinuierlich weiterverfolgt.

Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Hagen die fertig gestellten Statusberichte für alle in den Handlungsfeldertableaus erfassten Maßnahmen als Gesamtpräsentation in seiner Sitzung am 6.03.2008 vorlegen.

Auftaktveranstaltung zur Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung

Die Überlegungen zur Durchführung einer Auftaktveranstaltung zur Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung sind zwischenzeitlich konkretisiert worden.

Die Veranstaltung findet am 5. und 6.12.2007, jeweils von 10.00 – 18.00 Uhr, im Rathaus an der Volme statt. Sie ist vorgesehen für Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen und Fachausschüsse, Beigeordnete, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Gesamtpersonalrat, Personal der städtischen Eigengesellschaften, Vertreter der vorhandenen Netzwerke und Arbeitskreise, Interessenvertretungsgruppen (Parteien, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine), Bürgerinnen und Bürger sowie Medienvertreter.

Ziel der Veranstaltung:

Um die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstleistungsunternehmens Stadtverwaltung aktiv in die Konzeptentwicklung und Maßnahmenplanung /-umsetzung einbinden zu können, müssen zur Umsetzung eines dauerhaften Beteiligungsprozesses zwei Aspekte berücksichtigt werden – die Information und die Motivation. Beide Punkte bedingen sich gegenseitig.

Für die Auftaktveranstaltung sind daher folgende Bausteine vorgesehen:

1. Information über den bisherigen Demographie-Prozess
2. Motivation durch Darstellung von Zielerreichungsstrategien
3. Herstellung von Verbindlichkeit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



4. Darstellung konkreter Möglichkeiten der Bürger- und Mitarbeiterbeteiligung
5. Ausblick auf die folgenden Schritte

Kosten:

Die für die zweitägige Veranstaltung entstehenden Kosten können derzeit nur geschätzt werden.

Für die Erstellung eines Einladungsflyers, der großzügig verbreitet werden soll, Materialbeschaffung und Dokumentation ist mit Kosten in Höhe von 12.000 – 15.000 € zu rechnen. Auf der Haushaltsstelle 6040 620 0000X stehen noch Mittel in Höhe von rd. 3.200 € zur Verfügung. Der benötigte Differenzbetrag ist außerplanmäßig bereitzustellen.

Bei den ersten Überlegungen, die in der Vorlage 0755/2007 aufgezeigt worden sind, ist von Kosten in Höhe von 5.000 € ausgegangen worden. Diese Kostenschätzung bezog sich jedoch auf eine eintägige, weniger großräumig angelegte Veranstaltung.

Die Verwaltung geht davon aus, dass eine zweitägige Auftaktveranstaltung zwar auf den ersten Blick höhere Kosten verursacht, grundsätzlich aber als wesentlich effizienter anzusehen ist und durch die offene Art der Gestaltung erheblich größere Chancen zur Teilnahme bietet.

Ausblick:

Ausgehend von den Erfahrungen der Auftaktveranstaltung ist vorgesehen, als weitere Veranstaltung im ersten Halbjahr 2008 einen „Tag der offenen Tür des Dienstleistungskonzerns Stadt Hagen“ mit dem Schwerpunkt „Demographische Herausforderungen“ zu veranstalten.



- ☐ Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.
Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

1. Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
☒ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
☐ Vertragliche Bindung
☐ Fiskalische Bindung
☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
☐ Dienstvereinbarung mit dem GPR
☐ Ohne Bindung

Erläuterungen:

2. Allgemeine Angaben

- ☐ Bereits laufende Maßnahme
☐ des Verwaltungshaushaltes
☐ des Vermögenshaushaltes
☐ eines Wirtschaftsplanes
☒ Neue Maßnahme
☒ des Verwaltungshaushaltes
☐ des Vermögenshaushaltes
☐ eines Wirtschaftsplanes
☒ Ausgaben
☐ Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren
☐ Es entstehen Ausgaben
☐ einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr _____
☐ jährlich wiederkehrende Ausgaben
☒ periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren 2007 und 2008



3. Mittelbedarf

<input type="checkbox"/>	Einnahmen		EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	12000	EUR jährlich in 2007 und 2008
<input type="checkbox"/>	Personalkosten		EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
6040.620.00000.	12000	12000			
Eigenanteil:	12000	12000			



4. Finanzierung

☐ Verwaltungshaushalt

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

☐ Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

☐ Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4



☐ **Vermögenshaushalt**

☐ Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Gesamtbetrag					

☐ Kreditaufnahme

Wird durch 20 ausgefüllt

☐ Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden

☐ Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.



☐ **Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt**

☐ Es entstehen keine Folgekosten

☐ Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre _____

☐ Sachkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Personalkosten ☐ einmalig in Höhe von EUR _____

☐ Jährlich in Höhe von EUR _____

☐ bis zum Jahre _____

☐ Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR _____

☐ Folgekosten sind nicht eingeplant

☐ Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
Einnahmen:					
Ausgaben:					
Eigenanteil:					

**5. Personelle Auswirkungen**☐

Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
---------------------------------	--

☐

Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:

5.9 Stellenfortfälle

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.10 Abwertungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

5.11 kw-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.12 ku-Vermerke neu

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.9 bis 5.13	
---------------------------	--

* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

23 Fachbereich Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
